

Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2018 der Berufsschulen und zuständigen Stelle(n)

Ausbildungsberuf **Informatikkaufmann/-kauffrau
IT-Systemkaufmann/-kauffrau**

(02/4)

Prüfungsfach/-bereich **Allgemeine Wirtschaftslehre/Wirtschafts- und Sozialkunde**

Lösungsvorschläge sind im Wortlaut nicht bindend. Anderslautende, aber zutreffende Antworten sind ebenfalls als richtig zu werten.

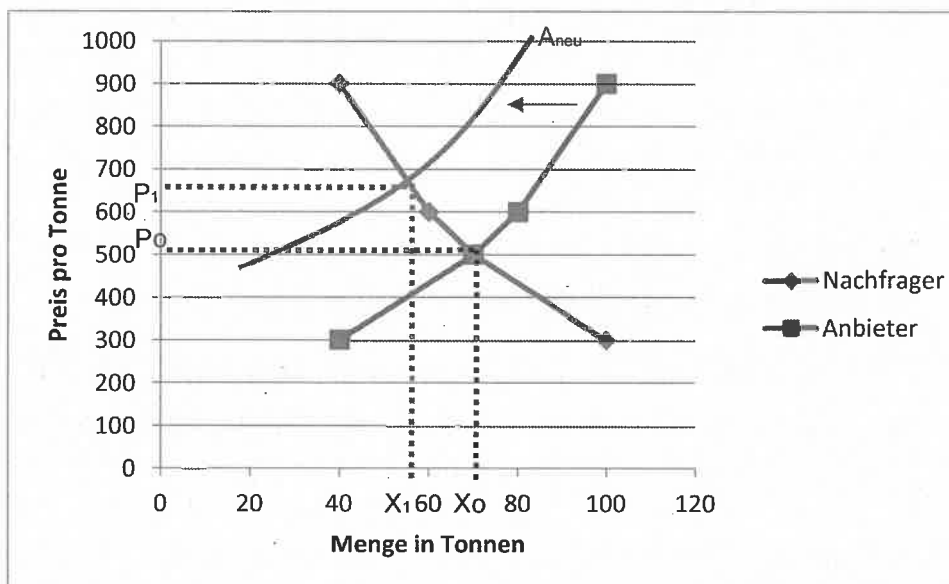
		Punkte
Aufgabe 1 In Arbeit und Beruf orientieren		
1.1.1	Voraussetzungen für die Gründung eines Betriebsrats: - Betrieb mit fünf oder mehr ständig wahlberechtigten Arbeitnehmern (§ 1 BetrVG) - von den Arbeitnehmern müssen drei wählbar sein; wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 7 BetrVG)	2
1.1.2	Niemand darf die Wahl des Betriebsrates behindern. Insbesondere darf kein Arbeitnehmer in der Ausübung seines aktiven und passiven Wahlrechts beschränkt werden. (§ 20 Abs. 1 BetrVG)	2
1.2.1	Z. B. - Mitwirkungsrecht: Der Einsatzort eines Mitarbeiters soll an einen anderen Unternehmensstandort der SunDemos GmbH verlegt werden. - Informationsrecht: Die Geschäftsführung sieht weitere mögliche Geschäftsfelder für die SunDemos GmbH und möchte einen neuen Standort eröffnen.	2
1.2.2	Wird eine Kündigung ohne die Anhörung des Betriebsrats ausgesprochen, dann ist sie unwirksam (unabhängig von Art und Inhalt der Kündigungsgründe). Die Kündigung ist in diesem Fall nichtig. (§ 102 Abs. 1 BetrVG)	2
1.3.1	Voraussetzungen (§ 60 BetrVG) für die Gründung einer Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) - mindestens fünf jugendliche Arbeitnehmer sind tätig, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder - als Auszubildende beschäftigt werden und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Hier: Ja, eine JAV kann gegründet werden. Die Voraussetzungen sind gegeben, da insgesamt mehr als fünf Mitarbeiter und Auszubildende die Voraussetzungen erfüllen.	3
1.3.2	Z. B. - Wahrnehmung der Interessen der Jugendlichen, z. B. Gründung einer Betriebssportgruppe für Jugendliche bei der SunDemos GmbH - Teilnahme an Betriebsratssitzungen bei der SunDemos GmbH - Einhaltung und Überwachung der Gesetze und Verordnungen für Jugendliche bei der SunDemos GmbH, z. B. Einhaltung der Arbeitszeit bei Jugendlichen	3
1.3.3	Dagmar kann sich wählen lassen. Sie ist Auszubildende und unter 25 Jahre alt und nicht Mitglied im Betriebsrat.	1
1.4	Z. B. - Ausfall der Produktion durch erhöhtes Streikaufkommen - geringere Lieferfähigkeit - Unternehmensleitung muss mit vermehrten Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten rechnen - Wettbewerbsvorteile sinken	3
1.5	Voraussetzungen - Tarifvertrag zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaft ist gekündigt worden - Arbeitnehmer legen während der Tarifverhandlungen für kurze Zeit die Arbeit nieder (z. B. für einige Stunden)	2

Aufgabe 2 Markt und Preis

- 2.1 Polypol, da viele Anbieter (Landwirte) und Nachfrager (Mühlen) für das betrachtete Gut existieren 2
- 2.2 Der Makler legt als Preis 500 EUR pro Tonne fest, weil bei keinem anderen Preis mehr abgesetzt werden kann. 6

Preis EUR/t	Nachfrager				nach- gefragte Menge	Anbieter				an- gebotene Menge	Absatz
	A	B	C	D		E	F	G	H		
300	30	10	20	40	100	0	0	0	40	40	40
500	0	10	20	40	70	0	0	30	40	70	70
600	0	0	20	40	60	0	10	30	40	80	60
900	0	0	0	40	40	20	10	30	40	100	40

- 2.3+ Im Schnittpunkt befindet sich die Kombination aus Gleichgewichtspreis und Gleichgewichtsmenge. 3
- 2.6 2



- 2.4 Mit steigenden Preisen nimmt das Gesamtangebot zu und die Gesamtnachfrage ab. Dies wird auch als Gesetz des Angebots bzw. der Nachfrage bezeichnet. 2
- 2.5 Z. B.: 3
- vollkommene Markttransparenz: Der Makler kennt die gesamte Nachfrage und das gesamte Angebot
 - bei dem gehandelten Produkt handelt es sich um ein homogenes Gut
 - keine persönliche Präferenz: Für den Käufer macht es keinen Unterschied, von wem er den Weizen erhält
- 2.7 Z. B.: 2
- Marktkonträre Maßnahme:
 Der Staat beschließt die Einführung von Mindestpreisen für den Weizen. Gegebenenfalls muss er den resultierenden Angebotsüberhang auf dem Markt aufkaufen.

Marktkonforme Maßnahme:

Der Staat zahlt den Erzeugern direkte Zuschüsse, z. B. in Form von Flächensubventionen. Dadurch kommt es zu einer Verschiebung der Angebotskurve und einem neuen Preis-Mengen-Gleichgewicht auf dem Markt, aber keiner Differenz zwischen angebotener und nachgefragter Menge.